

Lehrerschaft aller Stufen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz**

Band (Jahr): **13/1899 (1901)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-13493>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ils doivent veiller au bon entretien du matériel d'enseignement qui leur est confié.

Art. 71. Aucun professeur ne peut être appelé à donner plus de vingt-quatre heures de leçons par semaine.

Art. 72. Toutes les fois qu'un professeur est empêché de donner sa leçon, il doit en prévenir le directeur, et, le cas échéant, annoncer par affiche son absence aux élèves.

Art. 73. Le directeur peut accorder aux professeurs un congé temporaire de huit jours. Les congés plus longs sont de la compétence du département de l'Instruction publique.

Art. 74. Lorsqu'un professeur est empêché de donner ses leçons pendant plus d'une semaine, le directeur fait au département de l'Instruction publique des propositions pour un remplacement momentané.

Art. 75. Les professeurs qui auraient l'intention de quitter leur poste devront en prévenir le Conseil d'Etat six mois à l'avance.

Art. 76. Les professeurs ont l'obligation d'assister aux examens et aux réunions du Conseil du Gymnase, ainsi qu'à toutes les conférences auxquelles le département de l'Instruction publique pourrait les appeler.

Art. 77. Le présent règlement abroge ceux du 9 juillet 1883 et du 6 juin 1895.

V. Lehrerschaft aller Stufen.

54. 1. Beschluss des Erziehungsrates des Kantons Aargau betreffend die Patentirung für Fortbildungsschulen im Französischen. (Vom 1. Juli 1899.)

Der Erziehungsrat des Kantons Aargau setzt, in Präzisierung der im Reglement über Erteilung der Wahlfähigkeit an Lehrer und Lehrerinnen der Gemeinde- und Fortbildungsschulen vom 24. März 1894 die in § 28, Ziffer 3, enthaltenen Prüfungsforderungen betreffend die Patentirung für Fortbildungsschulen im Französischen

also fest:

1. Korrekte Aussprache, Sicherheit in der Kenntnis und Anwendung der gewöhnlichen grammatischen Verhältnisse der französischen Sprache.
2. Fertigkeit im mündlichen Gebrauch derselben.
3. Extemporirte Übersetzung vorgelegter Abschnitte aus den Hauptwerken von Molière, Racine und Mignet (Histoire de la révolution française) und angemessene Erklärung derselben nach Form und Inhalt.
4. Bearbeitung eines leichtern Themas in französischer Sprache oder Übersetzung eines ebensolchen Abschnittes aus einem deutschen Schriftsteller.
5. Bekanntschaft mit den Haupterscheinungen der französischen Litteratur vom XVII. Jahrhundert an.

55. 2. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Aargau an die Schulpflegen, Gemeindeschulinspektoren und Lehrer der Gemeinde- und Bürgerschulen betreffend pflichtige Stundenzahl. (Vom 2. September 1899.)

Dem Erziehungsrate wurde darüber Mitteilung gemacht, dass an einzelnen Orten die Lehrer, welche den Bürgerschulunterricht zu erteilen haben, so vorgehen, dass sie, um für sich im Winter einen freien halben Tag zu erübrigen, Klassen der Gemeindeschulen beim Unterricht zusammenziehen.

Nun schreibt aber § 44 des Schulgesetzes vor, dass die Lehrer an den Gemeindeschulen im Sommer bis zu 27, im Winter bis zu 36 wöchentlichen Unterrichtsstunden verpflichtet werden können. In der Praxis soll nun seit einer Reihe von Jahren dieser Paragraph so gehandhabt worden sein, dass der Lehrer im Sommer 27, im Winter 33 Unterrichtsstunden erteilt, so dass er im Sommer 3, im Winter aber noch einen Freihalbtage hatte, wenn nämlich die Unterrichtsstunden zu je 3 an einem halben Tage erteilt werden.

Den eingangs erwähnten Mitteilungen zufolge scheint nun aber seit Einführung der Bürgerschule der genannte § 44 da und dort irrtümlicherweise derart ausgelegt werden zu wollen, dass der Lehrer mit Inbegriff der 4 Stunden an der Bürgerschule nicht mehr als 33 bis 34 Stunden wöchentlich zu erteilen habe, so dass dann auf die eigentliche Gemeindeschule nur noch 30 Unterrichtsstunden per Woche fallen würden.

Um sich von den tatsächlichen Verhältnissen in vorwürflicher Frage zu vergewissern, wurden bezügliche Erhebungen angestellt. Nach den eingegangenen Berichten von Seite der Gemeindeschulinspektoren ergibt sich, dass die fragliche Gesetzesumgehung nicht vereinzelt vorkommt, sondern dass alle Bezirke Lehrer aufweisen, welche teils mit, teils ohne Einwilligung des betreffenden Inspektors die an der Bürgerschule erteilten Unterrichtsstunden einfach durch Kombination der verschiedenen Klassen der Gemeindeschule zu gewinnen suchen, wodurch der Unterricht der letzteren wöchentlich um 4 Stunden verkürzt wird.

Dass eine derartige Auslegung des § 44 des Schulgesetzes nicht die richtige sein kann, geht schon aus dem Umstande hervor, dass die Lehrer für die Mehrleistung an der Bürgerschule, wenn auch bescheiden, so doch extra bezahlt werden. Es ist aber einleuchtend, dass bei solchen Klassenkombinationen, auch wenn die Schüler die gesetzliche (lehrplangemässe) Stundenzahl erhalten, der Unterricht nicht mehr so intensiv wirken kann, wie dann, wenn die einzelnen Klassen, soweit möglich, für sich getrennt unterrichtet werden und die Schüler mehr individuellen Unterricht erhalten.

Angesichts dieser Tatsachen wird

verfügt:

Die im Winterhalbjahr wöchentlich zu erteilenden 33 Unterrichtsstunden sind ausschliesslich für die Gemeindeschule zu verwenden; die Unterrichtszeit für die Bürgerschule darf in denselben nicht inbegriffen sein.

56. 3. Ergänzung zum Reglement über die Fähigkeitsprüfung der thurgauischen Sekundarlehrer. (Vom 29. September 1899.)

§ 1. Auf besondere Anmeldung und Zeugnisse kann in Verbindung mit einer Fähigkeitsprüfung auch ein Examen in den Freifächern: Latein, Englisch und Italienisch für die Lehrstufe der Sekundarschule abgenommen werden.

§ 2. Dasselbe wird sich, analog den Anforderungen in den obligatorischen Sprachfächern, wesentlich über folgende Gebiete erstrecken:

I. Lateinische Sprache.

a. Grammatik und Syntax; *b.* Lesen und Übersetzen aus einem lateinischen Klassiker (Cornelius Nepos, Jul. Cäsar, Phædrus, Vergil); *c.* Übersetzen eines Übungsstückes aus dem Deutschen ins Lateinische; die hervorragendsten Prosaiker und Dichter des klassischen Zeitalters.

II. Englische Sprache.

a. Lesen und Übersetzen aus dem Englischen ins Deutsche; *b.* Grammatik und Aussprache; *c.* schriftliche Übersetzung eines Übungsstückes ins Englische oder freie Bearbeitung eines einfachen, gegebenen Themas; die wichtigsten Momente aus der Geschichte der englischen Sprache und Litteratur.

III. Italienische Sprache.

a. Lesen und Übersetzen aus dem Italienischen ins Deutsche; b. Grammatik und Aussprache; c. schriftliche Übersetzung eines Übungsstückes ins Italienische oder freie Bearbeitung eines einfachen, gegebenen Themas; die hervorragendsten Dichter und Schriftsteller italienischer Nation.

§ 3. Die Prüfung in diesen Fächern ist fakultativ, und das Ergebnis derselben hat keinen Einfluss auf das Resultat der Prüfung in den obligatorischen Fächern der Sekundarschule oder auf die Ermittlung der Durchschnittsnote. Dagegen wird, wenn die Leistungen befriedigend sind, ein besonderes Fachzeugnis darüber ausgestellt oder solches in das Wahlfähigkeitszeugnis der patentirten Kandidaten eingetragen. Damit wird die Befähigung erklärt, in dem betreffenden Fache einen sachkundigen, der Sekundarschulstufe entsprechenden Unterricht zu erteilen.

57. 4. Règlement des examens à l'usage des candidats aux brevets de capacité pour l'enseignement primaire au canton de Neuchâtel. (Du 24 février 1899.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel, vu la loi sur l'enseignement primaire du 27 avril 1889;

Considérant qu'il y a lieu de reviser le règlement des examens à l'usage des candidats aux brevets de capacité pour l'enseignement primaire;

Sur le préavis de la Commission cantonale consultative pour l'enseignement primaire;

Entendu le département de l'Instruction publique;

Arrête:

Art. 1^{er}. Nul ne peut enseigner comme instituteur ou institutrice dans les écoles enfantines et primaires publiques s'il n'est breveté conformément à la loi (art 68).

Art. 2. Il est institué:

- 1^o Un brevet de connaissances pour l'enseignement dans l'école publique infantine;
- 2^o Un brevet de connaissances pour l'enseignement dans l'école publique primaire (art. 69).

Art. 3. Les candidats aux brevets de connaissances doivent atteindre l'âge de 18 ans, au minimum, dans l'année courante.

Art. 4. Il y a chaque année, dans le second trimestre, une session ordinaire d'examens pour l'obtention des brevets de connaissances; cette session est annoncée un mois à l'avance dans la *Feuille officielle*.

Les candidats qui ont échoué à une ou plusieurs épreuves orales sont admis à un examen complémentaire dans le courant du mois d'octobre de la même année.

Art. 5. Tout candidat à l'un ou à l'autre des brevets de connaissances est tenu de se faire inscrire au département de l'Instruction publique dans les délais fixés et de déposer à l'appui de sa demande d'inscription:

- 1^o un extrait de son acte de naissance;
- 2^o un certificat de moralité délivré par l'autorité compétente;
- 3^o une pièce établissant que le candidat a fait des études sérieuses.

Art. 6. Le Conseil d'Etat nomme pour chaque période législative une commission chargée de procéder aux examens de capacité prévus à l'art. 70 de la loi.

Le département peut adjoindre aux jurys d'examen des experts spéciaux, notamment pour la pédagogie pratique, le chant, le dessin, la gymnastique et les travaux manuels pour les deux sexes.

Art. 7. L'examen se divise en épreuves écrites et en épreuves orales.

Art. 8. Pour les épreuves écrites, les candidats peuvent être groupés par séries sous la surveillance de membres de la commission.

Art. 9. Pour procéder aux examens la commission se subdivise en jurys d'au moins trois membres.

Art. 10. Les sujets d'épreuves écrites sont choisis par le département de l'Instruction publique et sont remis sous pli cacheté au juré spécial chargé de la surveillance des examens. Ce pli est ouvert séance tenante en présence des candidats.

Art. 11. Les épreuves écrites sont examinées et jugées par les jurys spéciaux qui en transmettent les résultats au département de l'Instruction publique. Ce dernier établit le rôle des candidats admis aux épreuves orales.

Art. 12. Pour être admis aux épreuves orales, les candidats doivent obtenir une moyenne générale de 4 points dans les épreuves écrites et n'avoir aucun chiffre inférieur à 3.

Examen en obtention du brevet de connaissances pour l'enseignement dans les écoles primaires publiques.

Art. 13. Les épreuves écrites sont les suivantes :

1^o Une dictée orthographique de 1¹/₂ page soit de 40 ou 50 lignes imprimées, tirée d'un auteur classique. La ponctuation n'est pas dictée (1¹/₂ heure).

2^o Une composition française (3 heures).

3^o La solution raisonnée de problèmes d'arithmétique, d'algèbre élémentaire et de géométrie (2¹/₂ heures) et de comptabilité (2 heures).

Dans la fixation du chiffre définitif, les mathématiques comptent pour ²/₃ et la comptabilité pour ¹/₃.

4^o Une page d'écriture comprenant des exemples des principaux genres : cursive, bâtarde et ronde (1 heure ¹/₂).

5^o Un dessin d'ornement d'après un modèle en relief ou exécuté à la planche noire ou bien dessin d'après nature d'un objet usuel (2¹/₂ heures).

Art. 14. Les examens oraux ont lieu 15 jours au moins après les examens écrits.

Art 15. Les épreuves orales sont les suivantes :

1^o Arithmétique théorique appliquée aux opérations pratiques, tenue de livres et, pour les aspirants, notions d'algèbre, éléments de géométrie, arpentage, nivellement.

2^o Notions de physique, de chimie et d'histoire naturelle.

3^o Histoire de la Suisse et notions d'histoire générale.

4^o Géographie de la Suisse et géographie générale.

5^o Langue française : lecture raisonnée d'un morceau de prose ou de poésie.

6^o Grammaire et analyse. — Littérature française : notions sommaires.

7^o Pédagogie : principes généraux. — Didactique spéciale. — Histoire de la pédagogie.

8^o Chant, théorie et solfège.

9^o Gymnastique (pour les aspirants).

10^o Instruction civique (pour les aspirants).

11^o Economie domestique (pour les aspirantes).

12^o Travaux à l'aiguille : théorie et pratique. L'examen est basé sur le programme d'enseignement primaire (4 heures au maximum).

Chacun de ces groupes donne lieu à une interrogation qui peut porter sur une ou plusieurs des matières énumérées dans le paragraphe. Aucune de ces interrogations ne dure plus d'un quart d'heure.

A chaque groupe correspond un chiffre donné conformément aux prescriptions de l'article 22.

Chaque jury discute et choisit les questions qui seront adressées aux candidats.

Ces derniers ne peuvent être interrogés par un membre du jury qui les aurait préparés à cet examen.

Art. 16. Les aspirantes au brevet de connaissances pour l'enseignement dans l'école infantine subissent, outre les épreuves indiquées aux articles 13 et 15 un examen avec application pratique sur la méthode fröbelienne, les jeux et les procédés d'enseignement des diverses matières énumérées à l'article 37, litt. a de la loi.

Examen en obtention du brevet d'aptitude pédagogique.

Art. 17. Il est institué :

- 1^o Un brevet d'aptitude pédagogique pour l'école infantine ;
- 2^o Un brevet d'aptitude pédagogique pour l'école primaire.

Art. 18. Les candidats au brevet d'aptitude pédagogique doivent être âgés d'au moins 22 ans révolus au moment de leur examen et justifier qu'ils remplissent les conditions de stage prévues à l'article 70 de la loi.

Art. 19. Les examens qui donnent droit à chacun de ces brevets, diffèrent selon la nature de l'enseignement et portent sur les branches suivantes :

- 1^o Une composition traitant un sujet pédagogique (tenue d'une classe, méthodes, procédés, moyens d'enseignement, etc.).
- 2^o Pour les institutrices d'écoles enfantines, une leçon de lecture donnée en présence du jury après un quart d'heure au moins de préparation.
Pour les instituteurs et les institutrices primaires, une correction orale de devoirs d'élèves faite dans les mêmes conditions et après le même temps de préparation.
- 3^o Une leçon donnée aux élèves et dont le sujet tiré au sort pourra être pris parmi les matières d'enseignement inscrites au programme de la classe.

Art. 20. Le département de l'Instruction publique désigne pour chaque session d'examen un jury dont fait partie de droit l'inspecteur.

Du jugement des épreuves.

Art. 21. Toute communication entre les aspirants pendant les épreuves, toute fraude ou tentative de fraude entraîne l'exclusion.

Art. 22. Le jury apprécie la valeur de toutes les épreuves écrites et orales selon l'échelle de points suivante : — 6 = très bien ; — 5 = bien ; — 4 = assez bien ; — 3 = médiocre ; — 2 = faible ; — 1 = très faible.

Dans les appréciations faites par le jury, la fraction $\frac{1}{2}$ est seule autorisée.

Art. 23. Les fautes de grammaire et d'orthographe d'usage, d'accentuation, celles qui consistent dans l'emploi impropre des majuscules, ou l'oubli des cédilles et des traits d'union, les fautes de ponctuation sont laissées à l'appréciation du jury spécial de dictée.

Art. 24. Les membres du jury donnent leurs notes séance tenante ; le résultat moyen devient la note définitive, et le procès-verbal en est transmis immédiatement au département de l'Instruction publique.

Art. 25. Le brevet est délivré au candidat qui a obtenu une moyenne générale de 4 au moins et aucun chiffre inférieur à 3.

Art. 26. Le candidat au brevet de connaissances qui a échoué dans un ou plusieurs examens oraux est admis à subir à nouveau ce ou ces examens dans le délai de 4 ans au maximum.

Le candidat qui a échoué trois fois n'est plus admis à se présenter.

Le candidat au brevet d'aptitude pédagogique, qui a échoué dans un premier examen, ne peut plus être admis qu'à un seul examen et cela à la fin de sa 5^{me} année d'enseignement pratique (art. 70 de la loi).

Dispositions finales.

Art. 27. Les articles 50 à 76 du règlement général pour les écoles primaires du 5 juillet 1895 sont abrogés.

Art. 28. Le présent règlement est exécutoire dès le 1^{er} mai 1899.

58. 5. Arrêté concernant une finance d'examens pour les candidats à un diplôme d'enseignement, qui n'ont pas fait leurs études dans le canton de Neuchâtel.
(Du 15 mai 1899.)

Le Conseil d'Etat de la république et canton de Neuchâtel, sur la proposition du département de l'Instruction publique;

Arrête:

Tout candidat non neuchâtelois à un brevet ou diplôme pour l'enseignement dans les écoles publiques neuchâteloises, qui n'a pas fait ses études dans le canton, est soumis à une finance d'inscription d'examens de vingt-cinq francs.

59. 6. Kreisschreiben der Erziehungsdirektion des Kantons Baselland an die Gemeinderäte, Schulpflegen und Lehrerschaft der Sekundarschulgemeinden. (Vom 1. Februar 1899.)

Der Landrat hat in seiner Sitzung vom 26. Januar 1899 beschlossen:

1. Der jährliche Staatsbeitrag an die Sekundarschulen für das weibliche wie für beide Geschlechter beträgt pro Lehrer Fr. 1700, pro Lehrerin Fr. 1450.

2. In diesen Staatsbeiträgen sind alle Entschädigungen inbegriffen, ausgenommen diejenigen für Vikariate;

3. An die Verabfolgung dieser Staatsbeiträge wird als Bedingung geknüpft:

a. die Barbesoldung eines definitiv angestellten Sekundarlehrers soll wenigstens Fr. 2400, diejenige einer Sekundarlehrerin wenigstens Fr. 1700 betragen;

b. solchen Gemeinden, welche zum Anschlusse geneigt und vermöge ihrer örtlichen Lage hiezu geeignet sind, soll die Beteiligung gemäss § 7 des Gemeindeggesetzes ermöglicht werden, wobei die Schulorte für die erforderlichen Schullokalitäten samt Beheizung und Reinigung zu sorgen haben, dagegen berechtigt sind, von den übrigen Gemeinden Beiträge an die über den Staatsbeitrag hinausgehende Besoldungsquote im Verhältnis zur Schülerzahl zu verlangen.

Wir geben Ihnen hievon Kenntnis und erwarten bis spätestens Ende dieses Monats Bericht, wie die Besoldungen Ihrer Gemeinde pro 1899 angesetzt werden.

60. 7. Kreisschreiben der Erziehungsdirektion des Kantons Baselland an die Bezirksschulpflegen und Bezirkslehrerkonferenzen. (Vom 1. Februar 1899.)

Der Landrat hat anlässlich der Beratung des Budgets pro 1899 beschlossen:

1. Bezüglich der Eingabe der Bezirksschulpflegen betreffend Neuregulierung der Bezirkslehrerbesoldungen:

a. es erhalten in Zukunft an Besoldung, welche monatlich auszuweisen ist:

provisorisch angestellte Bezirkslehrer	Fr. 2500
definitiv gewählte Bezirkslehrer	" 2700
Lehrer mit mehr als 5 definitiven Dienstjahren	" 2900
Lehrer mit mehr als 10 definitiven Dienstjahren	" 3100

Der erste Lehrer jeder Schule erhält eine Zulage von Fr. 100. Denjenigen Lehrern, welche vom Staate Wohnung erhalten, wird eine Logisvergütung von Fr. 300 bis Fr. 500 in Abzug gebracht. In diesen Besoldungsansätzen sind die bisher für die ausserordentlichen Fächer Gesang, Turnen, alte und neue Sprachen geleisteten Bezahlungen inbegriffen. Jeder provisorisch oder definitiv angestellte Bezirkslehrer ist zu wöchentlich 35 Stunden verpflichtet. Die Verteilung der Fächer und Stunden auf die einzelnen Lehrer ist Sache der Erziehungsdirektion;

b. dieser Beschluss tritt auf 1. Mai 1899 in Kraft.

2. Betreffend Einführung der Stenographie als Freifach an den Bezirksschulen: die Stenographie wird nicht eingeführt.

Indem wir Ihnen hievon Kenntnis geben, laden wir Sie ein, im Laufe des Monats Februar die Frage der gleichmässigen Verteilung der Unterrichtsstunden zu behandeln und uns zu definitivem Entscheide Bericht und Antrag einzubringen. Dabei ist erforderlich, dass der Stundenplan ausser den Fächern die Namen des jeweils amtierenden Lehrers angebe. Für Therwil und Böckten ist noch zu berücksichtigen, dass daselbst eine Stunde mehr für Freihandzeichnen (Zeichnungslehrer Balmer) einzurichten ist in der Weise, dass die II. und III. Klasse je eine Stunde gesondert und eine Stunde gemeinsam Unterricht erhalten. In Liestal werden die zwei Unterrichtsstunden im Freihandzeichnen der einen I. Klasse wie bisher einem der Klassenlehrer zugeteilt.

61. s. Regierungsratsbeschluss des Kantons Baselland betreffend die Entschädigung der Vikare von Lehrern und Lehrerinnen. (Vom 20. September 1899.)

Die Höhe der Entschädigung der Vikare von Lehrern und Lehrerinnen wird festgesetzt wie folgt: an Arbeitsschulen Fr. 1. 50 pro Schulhalbtage; — an Primarschulen Fr. 4. 50 pro Schultage; — an Sekundarschulen Fr. 5. 50 pro Schultage; — an Bezirksschulen Fr. 6 pro Schultage.

Die früher mit diesem Tarif in Widerspruch stehenden Bestimmungen und der Regierungsratsbeschluss vom 26. Januar 1893 werden aufgehoben.

VI. Hochschulen.

62. 1. Studien und Prüfungspläne für das höhere Lehramt in Fächern der I. und II. Sektion der philosophischen Fakultät der Hochschule Zürich. (Vom Erziehungsrate erlassen am 22. November 1899.)

Diplomprüfung für das höhere Lehramt in Fächern der I. Sektion der philosophischen Fakultät.

1. Studienplan für das höhere Lehramt im Deutschen.

Vorbemerkung. Es ist sehr wünschenswert, dass sich ein Kandidat auch auf den Grenzgebieten und in den Hilfswissenschaften wie vergleichende Grammatik, Psychologie, Pädagogik, politische und Kulturgeschichte, Geschichte der neueren Philosophie, Geschichte der griechischen und der römischen Literatur, Geschichte der englischen und französischen Literatur orientire und während der vierjährigen Studienzeit geeignete Vorlesungen in diesen Fächern besuche.

I. Jahr.

Elemente der Phonetik. Gotische und althochdeutsche Grammatik mit Übungen. Neuhochdeutsche Übungen. Kursorische Lektüre lateinischer Autoren.